

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Erster Teil: Der Autonomiekonflikt	17
A. Privatautonomie und informationelle Selbstbestimmung	17
I. Vorvertragliche Informationserhebung als Ausübung privatautonomer Freiheit	17
1. Privatautonomie als Freiheitsprinzip und Gestaltungsauftrag	18
a. Das Prinzip der Selbstbestimmung im Privatrecht	18
b. Privatautonomie als Optimierungsgebot	19
2. Grundrechtliche Gewährleistung	21
a. Art. 12 Abs. 1 GG als betroffene Grundrechtsposition des Versicherers	22
b. Keine Betroffenheit der Eigentumsfreiheit des Versicherers	26
c. Keine Betroffenheit der Informationsfreiheit des Versicherers	27
3. Zwischenergebnis	28
II. Schutz der (informationellen) Selbstbestimmung im Privatrecht	28
1. Schutzgehalt der Grundrechte und Wirkung im Privatrecht	29
a. Schutzauftrag an den Privatrechtsgesetzgeber	29
b. „Ausstrahlung“ auf das Privatrecht und richterliche Schutzpflicht	32
2. Rechtsgeschäftliche Selbstbestimmung	33
a. Ausgestaltung der Privatautonomie durch zwingendes Recht	34
b. Staatliche Schutzpflicht und privates Rechtsgeschäft	35
3. Informationelle Selbstbestimmung	38
a. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	38
b. Das Recht auf Nichtwissen	41
c. Schutz gegen Informationshandlungen Privater	42
	7

Inhaltsverzeichnis

4. Europarechtliche Schutzpflichten	45
5. Zwischenergebnis	48
B. Konfliktlösungsansätze de lege lata	49
I. Die Einwilligung als Legitimationsgrund	49
II. Sonderregelungen	52
1. Gesetzliche Beschränkungen der Informationserhebung	53
a. Die Sonderstellung genetischer Daten nach § 18 GenDG	53
b. Schutz vor Untersuchungszwang durch § 151 VVG	54
c. Die Zulässigkeit pauschaler Einwilligungen nach § 213 VVG	55
2. Der Schutz des Versicherungsnehmers über §§ 19 ff. VVG	55
C. Ergebnisse des ersten Teils	59
 Zweiter Teil: Risikoäquivalenz und Antiselektionsgefahr als abwägungsrelevante Aspekte	 61
A. Risikoäquivalenz als Rechtsprinzip	61
I. Der Äquivalenzbegriff	62
1. Einzelrisiko und Kollektiv, Individual- und Global-äquivalenz	63
2. Der Gegenstand der Leistungspflicht des Versicherers	65
II. Risikoäquivalenz als rechtliches Prinzip?	67
1. Das Ideal objektiver Tauschgerechtigkeit und das BGB	67
a. Keine allgemeine Preiskontrolle im Vertragsrecht	67
b. Privatautonome Preisgestaltung und § 138 BGB	69
2. Rechtsgebot der Individualäquivalenz im Versicherungsvertragsrecht?	71
3. Äquivalenzgebot auf der Kollektivebene mit der Folge einer Unzulässigkeit von Beschränkungen der Datenerhebung?	73
4. Abwägung mit kollidierenden Rechtsprinzipien	74
III. Ergebnis	75
B. Die Gefahr der Antiselektion als Argument	76

I.	Das Modell der adverse selection death spiral	78
II.	Einfluss auf den versicherungsrechtlichen Diskurs	80
III.	Verhaltensökonomische Einwände	84
	1. Keine rationale Risikobewertung durch Antragsteller	85
	a. Unvollständige Rezeption von Risikoinformationen	86
	b. Fehlendes Verständnis für Wahrscheinlichkeitsaussagen	88
	c. Optimism bias bei der Bewertung von Risiken	91
	2. Die überlegenen Risikobewertungsstrategien der Versicherer	93
	3. Die fragliche Annahme eines streng rationalen Nachfrageverhaltens schlechter Risiken	95
	a. Keine konsequente Nutzenmaximierung	95
	b. Affektiv gesteuertes Nachfrageverhalten	97
IV.	Das Gegenmodell: verschiedene Arten von Selektionsprozessen	98
	1. Risikopräferenz und Versicherungsnachfrage	98
	2. Weitere Faktoren	101
V.	Selektionsprozesse auf den realen Versicherungsmärkten	101
	1. Krankenversicherungsmärkte	104
	2. Lebensversicherungsmarkt	109
	3. Pflegeversicherungsmarkt	111
VI.	Ergebnis	112
C.	Ergebnisse des zweiten Teils	114
Dritter Teil: Die Rahmenbedingungen eines effektiven informationellen Selbstschutzes		117
A.	Die Maxime der Freiwilligkeit	119
I.	Die Ausgangskonstellation des take it or leave it	119
II.	Sozialstaatliche Absicherungslücke und tatsächliche Entscheidungsfreiheit	121
	1. Schutz vor dem sozialen Abstieg: „existenzsichernde“ Versicherungen	123
	a. Berufsunfähigkeitsversicherungen	124
	b. Krankenversicherungen	127

c. Risikolebensversicherungen	129
d. Pflegeversicherungen	131
2. Summenobergrenze	134
III. Zugang zur Privatversicherung durch Datenerhebungsverbote?	136
1. Risikoselektion durch Privatversicherer als soziales Problem?	136
2. Keine Lösung mit den Instrumenten des Datenschutzes	138
IV. Ergebnis: Interdependenz von Sozial-, Versicherungsvertrags- und Datenschutzrecht	140
B. Vorvertragliche Untersuchungsverlangen	141
I. Schutzpflicht zugunsten des Antragstellers	141
1. Gefährdungslage	141
2. Fragmentarisches Schutzkonzept	143
II. Abwehrrecht des Versicherers	146
III. Ergebnis	148
C. Vorvertragliche Anzeigeverlangen	149
I. Recht auf Unkenntnis der Bedeutung bereits erhobener Daten?	149
II. Die Unterscheidung von Gesundheitsdaten nach ihrer prädiktiven Qualität	150
1. Prädiktion und Prognose	151
2. Objektive Manifestation als Abgrenzungskriterium	151
3. Die Unmöglichkeit einer trennscharfen Abgrenzung	152
III. Nichtprädiktive nichtgenetische Daten	153
1. Kein überwiegendes Geheimhaltungsinteresse	153
2. Informationen über ausgeheilte Erkrankungen – der zulässige Abfragezeitraum	154
IV. Sonderstellung nichtprädiktiver genetischer Daten?	155
1. Die Unmöglichkeit einer trennscharfen Abgrenzung von nichtgenetischen Daten	155
2. Der „gläserne Mensch“ – übertriebene Besorgnisse	158
3. Besondere Drittbetroffenheit durch die Weitergabe genetischer Daten?	159
a. Mehrrelationalität kein Spezifikum genetischer Daten	160

b. Die Zuordnung von Verwendungsrechten	161
c. Der fehlende Individualbezug	162
4. Der Vorwurf der Diskriminierung	165
a. Risikoselektion als Wesensmerkmal der Privatversicherung	166
b. Der Bezugspunkt des Diskriminierungsvorwurfs	166
c. Unanwendbarkeit von § 4 GenDG	169
d. Zulässige Differenzierung – das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz	170
e. Der sachliche Grund – die Gleichheitsrechte des Grundgesetzes	172
f. Fair discrimination – Art. 11 BMK und Art. 21 EU- Charta	172
g. Zwischenergebnis: kein Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	174
5. Ergebnis: Keine Sonderstellung nichtprädiktiver genetischer Daten	174
V. Sonderstellung prädiktiver Daten?	175
1. Regulierungsansatz „prädiktive Gesundheitsdaten“ vs. „genetischer Exzeptionalismus“	175
2. Bewertung der für eine Sonderstellung prädiktiver Daten angeführten Begründungen	177
a. Erhöhtes psychisches Belastungspotential?	177
b. Besondere Drittbetroffenheit durch Weitergabe prädiktiver Daten?	180
c. Erhöhtes soziales Belastungspotential?	181
3. Zwischenergebnis	184
VI. Der Sonderfall der Familienanamnese	185
 Gesamtergebnis	 189
 Schlussbetrachtung	 201
 Literaturverzeichnis	 205